

II- 2152 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 14. Feb. 1973

No. 1074/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Zeillinger, Dr. Broesigke und Genossen, an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Gerichtsgebäude, Wien 1080 Landesgerichtsstraße 11.

Der bauliche Zustand des Gerichtsgebäudes, Wien 1080, Landesgerichtsstraße 11, wird den bestehenden Erfordernissen nicht nur in keiner Weise gerecht, sondern er bedeutet darüber hinaus nachgerade eine Gefährdung der sich in diesem Gebäudekomplex aufhaltenden Personen. Zahlreiche Wände weisen Risse auf und bei den Fußböden einzelner Räume wurden durch Messungen Niveauunterschiede bis zu 15 cm festgestellt.

Ferner ist die Fassade derart schadhaft, daß auch eine Gefährdung der Passanten gefürchtet werden muß.

Nach vorliegenden Informationen besteht zwischen dem Bundesministerium für Justiz und dem Bundesministerium für Bauten und Technik bereits Einvernehmen über ein stufenweises Sanierungskonzept, dessen Finanzierung vorderhand noch zweifelhaft erscheint.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik die

A n f r a g e:

- 1.) Wann - und nach welchem Stufenplan - werden die erforderlichen Maßnahmen - zur baulichen Sanierung des Gerichtsgebäudes, Wien 1080, Landesgerichtsstraße 11, in Angriff genommen werden?
- 2.) Ist sichergestellt, daß jene Arbeiten, die erforderlich sind, um Personen vor Schaden zu bewahren, unverzüglich in Angriff genommen werden?

-2-

- 3.) Welche Maßnahmen werden ergriffen werden, um den derzeitigen Raummangel sowie den Überbelag an Häftlingen zu beseitigen?
- 4.) Bis wann ist mit der Verwirklichung des gesamten Sanierungskonzeptes zu rechnen?

Wien, den 14.2.1975